

Der sozialdemokratische **kämpfer**



ORGAN DES BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 11/12 - 1995

15 Schilling

SPÖ-Vorsitzender Franz Vranitzky vor dem Bundesparteitag im Oktober 1995:

Für Veränderung in Sicherheit!

Die Bombenattentate und das Aufkommen rechtsradikaler Gruppierungen haben gezeigt, daß die Warnungen unserer älteren Genossen, das Gespenst des Nationalsozialismus sei noch nicht verschwunden, immer richtig waren. Es sind aber auch die aggressiven Briefe, die anonymen Drohungen, die Wahl der Worte, die ein Klima schaffen sollen, in dem Neid, Mißgunst und Aggression gedeihen.

Von dieser Stelle und mit dem ganzen Nachdruck und Ernst, dessen unsere große Bewegung fähig ist, sei festgestellt: **Wir haben diese Demokratie aufgebaut, wir haben diese Demokratie verteidigt. Wir werden sie weiter ausbauen und sie uns nicht durch ein paar Bombenleger zerstören lassen.**

Wir werden sie aber auch nicht durch diejenigen zerstören lassen, die das Klima dafür bereiten. Wer Gewalt mit Worten sät, wird Gewalt mit Taten ernten müssen.

Wir werden jedenfalls nicht müde werden, darauf hinzuweisen, welcher Geist hinter Formulierungen steckt, die nachher verarmlos werden.

Nehmen Sie also zur Kenntnis, Herr Dr. Haider, daß es in keinem Fall darum gehen kann, Minister - wie Sie es ausdrücken - zu beseitigen.

Nehmen Sie zur Kenntnis, daß Sie sich mit Ausdrücken wie Lausbubenstück, Rambo-Methoden, Frechheiten und Lügen bestenfalls die Freiheit nehmen, die Sie meinen, aber wundern Sie sich nicht, wenn wir uns dann die Freiheit nehmen, uns von Ihnen abzugrenzen.

Und zwar unmißverständlich und eindeutig und auch dann, wenn wir damit allein bleiben sollten.

Denn Anstand verträgt sich nicht mit Heuchelei.

Wie anders ist es denn zu bewerten, wenn man zuerst für und nachher gegen die EU ist?

Wie anders ist es denn zu bewerten, wenn jemand Österreich zuerst für eine Mißgeburt hält, weil wir eine deutsche



Nation seien, und später gerade das Österreichische hervor- und das Deutsche wieder wegkehrt?

Was braucht es eigentlich noch, um hier eine klare Koalitionsaussage zu treffen? Ich habe sie getroffen.

Das Problem reicht aber viel tiefer. Es wird versucht, ein Klima des Miesmachens, des Neides und der Mißgunst zu schüren, um so die Dritte Republik vor-

„Ich brauche Euch mit Euren Herzen und mit Euren Köpfen.“

zubereiten. Verschwiegen wird dabei, was die Dritte Republik wirklich bedeutet - einen starken Mann an der Spitze des Staates, der nur eingeschränkt verantwortlich ist.

Die Menschen in unserem Land wollen keine Dritte Republik. Sie wollen eine verantwortungsvolle Politik, die fortführt, wo wir heute stehen. Sie wollen sie vielleicht noch direkter, noch flexibler und moderner. Aber sie wollen keine Radikalisieren. Die Menschen wollen Veränderung in Sicherheit.

Ihr seid mit mir ein Garant für diese Veränderung in Sicherheit.

Ich brauche Euch für diese Aufgabe.

Ich brauche Euch mit Euren Herzen und mit Euren Köpfen.

Wir sind für ein Österreich des gegenseitigen Vertrauens, der Geborgenheit, für ein Österreich der sozialen Sicherheit, der kulturellen Offenheit und der demokratischen Vielfalt.

Dieses Österreich wollen wir gestalten, und zwar gemeinsam.



Gemeinsam gegen Briefbomben-Attentäter Nationalfonds-Richtlinien

Mit Abscheu und Entsetzen nahm der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus am 17. Oktober 1995 in einer Presseausendung zu den jüngsten Briefbombenattentaten Stellung. Diese feigen Mordanschläge erinnern die Opfer des Faschismus an den Terror, den sie in einer Zeit am eigenen Leib erlitten haben, die sie längst überwunden glaubten.

„Nun müssen wir erleben, daß erneut unschuldige Menschen diesem feigen Terror zum Opfer gefallen sind“, heißt es in der Aussendung der SP-Freiheitskämpfer weiter. Menschen wurden

Opfer, die ihr Leben der Hilfe an den Mitmenschen gewidmet haben. Den Opfern gilt die Solidariät der Freiheitskämpfer, die immer wieder den Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus geführt haben.

Nun gilt es, wachsam und standfest zu sein. Die Demokratie muß auch und gerade in Wahlkampfzeiten geschützt werden. „Wir fordern alle Demokraten auf, gemeinsam dafür zu sorgen, daß den Anstiftern der Briefbombenattentate endlich das Handwerk gelegt wird“, heißt es in der Aussendung der SP-Freiheitskämpfer abschließend.

(Pressedienst der SPÖ)

Treffen am Ulrichsberg

Jährlich Anfang Oktober findet am Ulrichsberg in Kärnten eine Gedenkfeier für gefallene Soldaten statt, an der auch ehemalige SS-Angehörige aus dem In- und Ausland in großer Zahl teilnehmen. Als Festredner traten jeweils prominente Landes- und Bezirkspolitiker in Erscheinung, so zweimal **Dr. Jörg Haider** (einmal als Landesrat und einmal als Landeshauptmann), aber auch die ehemaligen SP-Landespolitiker **Leopold Wagner** und **Rudolf Tillian** sowie von der ÖVP der ehemalige Bundesminister **Dr. Robert Lichal** und Landeshauptmann **Dr. Christof Zernatto**. Heuer trat Verteidigungsminister **Dr. Fasslabend** als Festredner auf und löste damit eine Flut von Protesten aus, denen sich auch der Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer anschloß.

Ein Blick in das Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus hätte genügt, um Minister Fasslabend über den Charakter der Ulrichsberg-Treffen aufzuklären. Es heißt dort: „Die ‚Ulrichsberggemeinschaft‘ ist eine traditionspflegerische Organisation, in der Funktionäre der rechtsextremen SS-Vetera-

nenorganisation ‚Kameradschaft IV‘ tonangebend sind. Von den Ulrichsbergtreffen berichtet vor allem die neonazistische ‚Kameradschaft IV‘-Zeitung ‚Die Kameradschaft‘. Im Rahmen des Ulrichsbergtreffens werden von ehemaligen SS-Angehörigen des In- und Auslandes Kameradschaftsabende abgehalten. In Reden und Referaten wird immer wieder die Rolle der deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg unter Einschluß der SS-Angehörigen positiv dargestellt und der verbrecherische Charakter der hitlerdeutschen Kriegsführung ausgeblendet. Die Teilnahme von Landes- und Bundespolitikern soll der demokratischen Legitimierung dienen.“

Der Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer findet es beschämend, daß sich auch sozialdemokratische Politiker immer wieder für eine solche demokratische Legitimation eines rechtsextremen Treffens hergeben haben. Der VP-Minister Fasslabend hat mit seiner Teilnahme ein Signal an rechtsextreme Wählerschichten gesetzt, das man sich merken muß.

In eigener Sache

Genosse **Prof. Hugo Pepper** schreibt uns: Ich habe in der Bundesvorstandssitzung am 28. Juni 1995 einen zuvor mit dem Präsidium akkordierten und redigierten **Antrag** eingebracht. Diesem zufolge war ein Organisationsregulativ vorzusehen, daß

- in führende Funktionen unseres Bundes und der Landesorganisationen vorrangig Genossinnen und Genossen aus der Widerstands- und Opfergeneration zu wählen sind;
- zur Verbreiterung der Organisationsbasis eine Sympathisantenorganisation geschaffen werden soll, die auch für Antifaschisten offen ist, die (noch) nicht Mitglieder der SPÖ sind.

Es ging also nicht um einen „Vor-

schlag“ von mir, der „keine Zustimmung fand“. Der namens des Präsidiums gestellte **Antrag** kam vielmehr gar nicht zur Abstimmung, die mehrmals durchzuführen versucht wurde. Die Durchführung scheiterte jedoch wegen der mir unverständlichen Obstruktion einiger Bundesvorstandsmitglieder.

Diese Verweigerung der Abstimmung war für mich der Grund, meine Funktion als Bundesvorsitzender zurückzulegen. Von zwei Bundesversammlungen einstimmig und ohne Gegenstimme gewählt, schien mir die Durchführung des dadurch erteilten politischen Auftrags auf Grund der dargestellten Situation nicht mehr möglich.

Die diesbezügliche Information im „Kämpfer“ Nr. 7/8 hat die Zusammenhänge nicht ausreichend klargestellt, und ich möchte Mißverständnisse vermeiden.

Das Kuratorium des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus hat am 18. September 1995 unter dem Vorsitz von Nationalratspräsident **Dr. Heinz Fischer** die Geschäftsordnung und die Vergaberichtlinien des Nationalfonds beschlossen. Österreichische Opfer des Nationalsozialismus, die bisher keine ausreichende Entschädigung erhalten haben, sollen als Richtwert einen Betrag von 70.000 Schilling aus dem Fonds erhalten.

Nähere Auskünfte über die Vergabe von Leistungen aus dem Nationalfonds sind erhältlich unter folgender Adresse:

Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3, A-1017 Wien, oder unter der Wiener Telefax-Nummer 408 03 89.

Mündliche Anfragen sind unter der Wiener Telefonnummer 408 12 63 oder 64 möglich. Parteienverkehr ist jeweils von Montag bis Donnerstag von 9 bis 12 Uhr, wobei um Terminvereinbarung gebeten wird.

Rechtsextremer Ziehvater

Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat Anfang Oktober 1995 ein Urteil gefaßt, nach dem man F-Obmann **Dr. Jörg Haider** auch künftig ungestraft „**politischer Ziehvater und Ideologe des rechtsextremen Terrorismus**“ nennen darf. Der OGH hat sich damit der Meinung der beiden Vorinstanzen angeschlossen, gegen die Haider Revision eingelegt hatte. Schon die beiden Vorinstanzen sahen in der vom Klubobmann der Wiener Grünen, Dr. Peter Pilz, gegen Haider verwendeten Bezeichnung keine Ehrenkränkung, „sondern nur eine in der politischen Auseinandersetzung zulässige Kritik des Gegners und keine Verletzung eines auch in der politischen Auseinandersetzung zu wahren Persönlichkeitsrechts des Andersdenkenden“. Das Berufungsgericht war davon ausgegangen, daß eine politische Analyse „keine Äußerung wäre, die einer zivilrechtlichen Beurteilung fähig sei, solange nicht in unsachlicher Weise persönliche Eigenschaften der betroffenen Person verächtlich gemacht oder die betroffene Person sonstwie herabgesetzt würde“. Der OGH bestätigte das Urteil und meinte, daß es in der mittelbaren Demokratie „einer Gewährleistung der unbehinderten Gedanken-, Rede- und Argumentationsfreiheit insbesondere der Vertreter politischer Gruppen in der Kommunikation mit dem Bürger“ bedürfe.

Mitteilung

Von Vorstandsmitgliedern wurde die Redaktion ersucht, zu veröffentlichen, daß für die ablehnende Haltung zu den Vorschlägen von Genossen Pepper vor allem statutarische Erwägungen maßgebend waren.



Vranitzky: Engagement gegen Faschismus auch heute notwendig

„Im Kampf gegen Krieg, Faschismus, Militarismus haben Frauen immer eine wichtige Rolle gespielt“, sagte SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Franz Vranitzky bei der Verleihung des Käthe-Leichter-Preises am 27. September 1995 in Wien – weshalb er den vier Preisträgerinnen bei diesem Anlaß symbolisch für alle Frauen, „die sich gegen das Dominieren der einen gegenüber den anderen zur Wehr setzten“, seinen Dank aussprach. Das Zurückspannen des Bogens zu Käthe Leichter führe in die Gegenwart und Zukunft, denn die Selbstverständlichkeit ihres Kampfes gegen den Faschismus sei heute in Österreich – aber auch in vielen anderen europäischen Ländern – wieder dringend notwendig, so Vranitzky. Die Preise wurden von Frauenministerin Helga Konrad überreicht, die ihre Anerkennung für die herausragende Forschungs- und Lehrtätigkeit in der Frauenpolitik den geehrten Wissenschaftlerinnen zum Ausdruck brachte und sie zu einem Weiterarbeiten im Sinne Käthe Leichters aufforderte.

„Wir sind Zeitzeugen und hoffentlich Mitgestalter einer Veränderung, die aber in Wahrheit für viele die Beseitigung einer Selbstverständlichkeit darstellt“, sagte Vranitzky unter Verweis auf die jahrhundertelange Praxis der patriarchalen Machtausübung. Durch die Bildungsbenachteiligung der Frauen habe die Menschheit über viele Jahrhunderte auf über 50 Prozent ihrer Kapazität verzichtet. Er, Vranitzky, sei deshalb besonders stolz, vier Frauen mit der Verleihung des Käthe-Leichter-Preises Anerkennung und Respekt für ihre Arbeit und ihr Wirken zollen zu können.

Der Bogen müsse aus der Vergangenheit Käthe Leichters in die Gegenwart gespannt werden, aus der sehr konkreten Erfahrung der dreißiger Jahre, wo der tödliche Automatismus zwischen Krieg und Faschismus zu erkennen gewesen sei. Vranitzky verwies auf den bedrückenden Umstand, daß am Ende des 20. Jahrhunderts – einem Jahrhundert der größten Katastrophen der Menschheit – offensichtlich wenig aus den bitteren Erfahrungen gelernt wurde, was der Krieg im ehemaligen Jugoslawien deutlich vor Augen führe. Neben den zwei Weltkriegen und dem Holocaust zählten auch noch Zivilisationskrankheiten, wie Drogen und die sich rasch ausbreitende Immunschwächekrankheit zu den Schrecken unserer Zeit.

Die einzige Antwort auf alle diese Katastrophen sei, die Logik des Krieges und der Gewalt nicht länger zu leben,

sondern nach dem großen Lernpotential des 20. Jahrhunderts im nächsten eine andere Logik walten zu lassen, betonte Vranitzky. Denn Gewalt seit stets nur die mißgebildete Antwort bei Ausbleiben anderer vernünftiger Lösungen. Deshalb brachte Vranitzky am Ende seiner Ansprache seine Anerkennung für die Preisträgerinnen auch in der eindringlichen Bitte zum Ausdruck, die Logik der Gewalt als Lösung zu bekämpfen und Leitbilder für die Jugend zu sein – in Schrift, Wort und Tat. Er, Vranitzky, wünsche sich ein möglichst großes Hör- und Verstehensvermögen für die Anliegen der Preisträgerinnen, denn damit würde auch den Wünschen Käthe Leichters Rechnung getragen.

Frauenministerin Konrad erinnerte daran, daß der Käthe-Leichter-Preis 1991 von Johanna Dohnal ins Leben gerufen worden sei und als Andenken an das Wirken von Käthe Leichter all jenen, die sich besonderer Verdienste im Bereich der Frauenforschung rühmen können, verliehen werde. Dazu zähle in diesem Jahr ganz besonders die Historikerin **Gerda Lerner**, die durch ihre Forschungs- und Lehrtätigkeit Frauen zu einer historischen Perspektive verholfen und sie damit gleichzeitig dazu befähigt habe, Zukunftsszenarien zu entwerfen, die den Bedürfnissen der Frauen entsprechen, betonte Konrad.

Die zweite Preisträgerin, **Gerda Floßmann**, gehöre einer in Österreich sehr seltenen Spezies an, nämlich jener der weiblichen Universitätsprofessoren. Es bleibe zu hoffen, so Konrad, daß es mit Hilfe der im Bundes-Gleichbehandlungsgesetz vorgesehenen Frauenförderungsmaßnahmen gelingen werde, hier Änderungen herbeizuführen. „Nicht zuletzt hat Gerda Floßmann uns dafür sensibilisiert, daß das Recht sich an Männern orientiert, auch dann, wenn von Menschen die Rede ist.“ Der massive Widerstand konservativer Kreise gegen die Forderung, die Gleichstellung der Geschlechter als Staatszielbestimmung in der Verfassung zu verankern, zeige, wieviel Arbeit in der Frauenpolitik noch zu leisten ist, so Konrad.

Auch **Edeltraud Ranftl** und **Ingrid Bauer** werden versucht, für ihr wissenschaftliches und frauenpolitisches Engagement mit dem Käthe-Leichter-Preis entsprechende Anerkennung zu zollen. „Denn Käthe Leichters politische Analysen haben an Aktualität nichts verloren“, betonte Konrad. Schon damals habe die Sozialdemokratie angesichts der rechtsextremen und faschistischen Tendenzen eindringlich davor gewarnt, sich defensiv zu verhalten – eine Theorie, die auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt voll anwendbar sei, so Konrad abschließend. (Pressedienst der SPÖ)

Gedenkmarsch der Freiheitskämpfer



Am diesjährigen Gedenkmarsch der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer auf dem Wiener Zentralfriedhof am 1. November nahmen der Vorsitzende der SPÖ, Bundeskanzler Franz Vranitzky, und der Wiener Landespartei-Vorsitzende, Bürgermeister Häupl, teil. Mit Kranzniederlegungen wurde der Opfer des Faschismus, die in der Zeit von 1934 bis 1945 ihr Leben für Freiheit und Demokratie lassen mußten, gedacht. Vor dem Denkmal für die Opfer des Faschismus warnte Bundeskanzler Vranitzky aus den geschichtlichen Erfahrungen vor Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in der Gegenwart.

Verbrechen der Wehrmacht

Das Hamburger Institut für Sozialforschung zeigte bis 22. November in Wien die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“. Die Ausstellung entstand im Rahmen des Forschungsprojekts „Gewalt und Destruktivität im Zivilisationsprozeß“. Das 1984 gegründete unabhängige Institut hat sich der Wehrmacht angenommen, weil sie die größte organisierte Gruppe des Dritten Reiches dargestellt hat. Ihr Handeln liefert wichtige Aufschlüsse über den Gewaltcharakter der NS-Gesellschaft und über die Entgrenzung des nationalsozialistischen Krieges. Die Ausstellung konzentrierte sich auf drei Fallstudien: die ersten Monate des Partisanenkrieges in Serbien, der Vormarsch der 6. Armee durch die Ukraine in Richtung Stalingrad und die drei Jahre dauernde Besetzung Weißrußlands.

Die Forschungsarbeiten haben mit erschreckender Klarheit ergeben, daß die Wehrmacht eine aktive Rolle beim Holocaust gespielt hat, an der Ausraubung der besetzten Gebiete, beim Massenmord an der Zivilbevölkerung und an der Vernichtung der sowjetischen Kriegsgefangenen. Der Krieg war kein „normaler“ Krieg, sondern wurde als Rassenkrieg geplant und durchgeführt. Die Wehrmacht war, das belegen die Millionen außerhalb von Kampfhandlungen von ihr ermordeten Menschen, eine verbrecherische Organisation.

„Gestern waren wir gnädig gegen die Juden und haben einfach jeden sofort erschossen.“

In der Ausstellung wird die Geschichte des Juden- und Zigeunermordes und der Massaker der Wehrmacht an der Zivilbevölkerung in den serbischen Städten Saban, Kraljevo und Kragujevac erzählt. Wehrmachtsdokumente und erstmals veröffentlichte Fotomaterialien aus serbischen Archiven dokumentierten die Entwicklung von unsystematischen „Sühnerschießungen“ zum gezielten Genozid an den männlichen Juden und zum systematischen Massenmord an der übrigen serbischen Bevölkerung im Herbst 1941. Serbien befand sich bis zum Herbst 1944 unter deutscher Militärverwaltung. Die Beteiligung der 6. Armee, die gerne als „Opfer



Ermordung von Zivilisten, wahrscheinlich in Litauen 1941 (aus: Topographie des Terrors, 10. Auflage, Berlin 1995).

Hitlers“ dargestellt wird, an der Ermordung der ukrainischen Juden wird in zwei Abschnitten der Ausstellung dokumentiert. Deutlich wird dabei, wie gut die Kooperation der 6. Armee mit der Einsatzgruppe ihres Organisationsgebietes, dem Sonderkommando 4a, funktionierte. Wehrmacht und Sicherheitsdienst waren auf dem Weg nach Stalingrad Komplizen. Weißrußland war von allen sowjetischen Republiken am längsten unter deutscher Besatzung. An keinem Beispiel läßt sich genauer demonstrieren, was Nazi-Okkupation wollte und anrichtete: von 10,6 Millionen Einwohnern verloren 2,6 Millionen ihr Leben.

Die Ausstellung hat weltweites Aufsehen erregt, die deutschen Gedenkfeiern des 8. Mai nachhaltig geprägt und gezeigt, daß die Zeit für Schlußstriche noch lange nicht gekommen ist. Die Großverbrechen der Wehrmacht hatten nicht nur einige kriminelle Feldmarschälle zu verantworten und sind auch nicht unter Befehlsnotstand zustande gekommen. Die Truppe war – als Teil der nationalsozialistischen Gesellschaft und enthemmt durch Hitlers Vernichtungskrieg – intensiver und bereitwilliger als bisher angenommen, an diesen Verbrechen beteiligt.

Die Wiener Historikerin **Erika Weinzierl** illustrierte bei einer Podiumsdiskussion diese Beteiligung der Truppe mit einem Ausschnitt aus dem Brief eines österreichischen Soldaten im Dienst der Deutschen Wehrmacht: **„Gestern waren wir gnädig gegen die Juden und haben einfach jeden, der uns vor den Lauf gekommen ist, sofort erschossen. Mindestens 1000 sind es gewesen.“**

„Vergnügungen“

Bei einem Altpapierhändler fand sich folgender Feldpostbrief eines Österreichers vom 8. Februar 1940 aus Warschau an seine Tante in Klosterneuburg (Auszug):

„Die Judenfrage hier ist überhaupt ein Kapitel für sich. Wenn ich noch von der mitteleuropäischen Kultur beleckt wäre, so müßten sie mir eigentlich leid tun. Da ich aber schon ein wenig polackisch-asiatische Gefühlsroheit angenommen habe, so lassen mich die Juden und ihre Schicksale ziemlich kühl.

Über den Umgangston kannst Du Dir am besten daraus ein Bild machen, daß ich in Grojec auf offener Straße um 12 Uhr mittags bald zwei Juden ertreten hätte, nur weil sie eine Decke mit meinen Kostbarkeiten, wie Stiefelknecht, Schuhputzzeug usw. fallen ließen. Bei uns wäre gleich ein riesiger Auflauf entstanden, hier aber nickte nur ein alter Landstürmer beifällig und gab mir vollkommen recht. Es ist ja auch mit den Kerls ein arges G'frett. Angenommen, die Juden hätten eine ganz kleine und leichte Kiste zu tragen. Da sind mindestens 6 Juden dann mit viel Geschrei daran und bringen die Kiste doch nicht weiter. Also muß man nachdrücklichst nachhelfen. Sie stellen sich überhaupt zu jeder Arbeit so geschickt an, daß man am besten jeden Auftrag gleich mit einem Stock oder einer Hundspeitsche erteilt, dann wird er so halbwegs richtig durchgeführt. Ja, das sind so unsere einzigen Vergnügungen hier.“



Vor 60 Jahren: Von der Ausgrenzung zur Massenvernichtung

Die verbrecherischen Nürnberger Rassengesetze vom 15. September 1935

Am 15. September 1935 wurden auf dem Nürnberger Parteitag der Nazis zwei berüchtigte Gesetze beschlossen, die unter dem Begriff „Nürnberger Gesetze“ verheerende Folgen zeigten. An diesem Tag legten die Naziverbrecher den Weg zum Holocaust frei. Sie selbst definierten diese Menschenhate in der Reclam-Broschüre „Hitlergesetze XIII, mit einer Vorbemerkung von Rudolf Beyer“ so:

„Die Nürnberger Rassengesetze sind die Grundpfeiler der deutschen Rassegesetzgebung. Dem deutschen Volke werden sie, das Rassenproblem staatsrechtlich wie erbbiologisch angehend, die rassische Kraft sichern, ein ‚germanisches Volk deutscher Nation‘ heranzuziehen, das sich durch Fernhaltung fremdartiger Rassenmischung seine Art erhält.“

Im „Jugendlexikon Nationalsozialismus. Begriffe aus der Zeit der Gewaltherrschaft 1933–1945“, Reinbek bei Hamburg 1982, finden wir dazu noch folgende begleitende Sätze:

„Durch das *Reichsbürgergesetz* werden alle deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens oder mit zwei Großeltern jüdischen Glaubens zu Menschen mit eingeschränkten Rechten herabgestuft. Durch das ‚Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre‘, *Blutschutzgesetz* genannt, wurde die Eheschließung zwischen Nichtjuden und Juden verboten und unter Strafe gestellt. Die *Judenverfolgung* – die bereits seit 1933 mit der nationalsozialistischen *Machtübernahme* begonnen hatte – erhielt eine gesetzliche Grundlage ... Die Nürnberger Gesetze wurden weltweit zum Sinnbild der nationalsozialistischen Men-



Berliner Schaufenster mit antisemitischen Schmierereien und „Boycott“-Parolen am 1. April 1933 (aus: *Topographie des Terrors*).

schenverachtung. Sie waren Grundlage der furchtbarsten Verfolgung in der Geschichte der Menschheit, durch die Millionen Juden in unendliches Leid und in den Tod getrieben wurden. Der Parteitag von 1935 stand unter dem zynischen Leitspruch ‚Reichsparteitag der

Freiheit‘. Der Reichstag – seit der Annahme des *Ermächtigungsgesetzes* am 24. März 1933 nur noch ein Zustimmungsparlament ohne das Recht, die Gesetzgebung zu beeinflussen – war, nur um dem Gesetz zuzustimmen, nach Nürnberg einberufen worden.“

F-ler provozieren wieder

Am 21. September 1995 provozierten die F-ler im Linzer Gemeinderat anlässlich der Angelobung eines F-lers als Stadtrat mit der Kornblume im Knopfloch. Über diese symbolträchtige Blume schrieb 1995 Peter Diem in seinem Nachschlagewerk „Die Symbole Österreichs. Zeit und Geschichte in Zeichen“ unter anderem:

„Die Kornblume erhielt ihren deutsch-nationalen Symbolgehalt auch in der Ersten Republik, wo sie neben dem Hakenkreuz die Sehnsucht vieler Österreicher nach der ‚Heimkehr ins Reich‘ auszudrücken suchte ... Sie hat in den Köpfen jener überlebt, die bis heute dem

deutsch-nationalen Gedanken etwas abgewinnen können ... Die Kornblume taucht auch gelegentlich bei Parteiveranstaltungen der FPÖ auf. Sie lebt jedenfalls weiter in der Parteifarbe der Freiheitlichen Partei Österreichs, die bei der jüngsten Überarbeitung ihres ‚Corporate Design‘ sogar das lange Jahre verwendete Rot-Weiß-Rot aus dem Parteisignet (‚F‘) entfernte.“

Mit Recht nahm diese Provokation der F-ler der sozialdemokratische Bürgermeister von Linz, Gen. **Dr. Franz Dobusch**, zum Anlaß für eine Prüfung. „ob es sich dabei um eine Verletzung des Verbotsgesetzes handelt oder nicht. Denn mit so

einer Symbolik will man gewisse Kreise ansprechen, man traut es sich nicht zu sagen, also nimmt man ein Zeichen.“ Der obskure Hinweis des oberösterreichischen Landesobmannes der F-ler, „ob nicht ‚Kommissar Rex‘ unter das NS-Verbotsgesetz fällt, denn bekanntlich liebte Adolf Hitler die Schäferhunde sehr“, zeigt wohl mehr als deutlich den Charakter und das mangelnde Wissen um die Zeitschichte dieses Herrn.

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Ing. Ernst Nedwed, Hans Landauer, Herbert Exenberger, Hans Waschek.

SPÖ gegen Subventionen für den „Österreichischen Turnerbund“ (ÖTB)

Mehr als sattsam bekannt ist für uns der „Österreichische Turnerbund“, dessen Aktivitäten von uns schon mehrmals angeprangert wurden. Insbesondere der politische Umfug von Ehrenschutzübernahmen und Subventionen dieser Organisation durch sozialdemokratische Mandatäre und Funktionäre hat schon oft berechtigten Unmut hervorgerufen. Nun haben die Delegierten unseres Parteitages mit überwiegender Mehrheit den ursprünglichen Antrag der Sozialistischen Jugend übernommen, wonach künftig alle SPÖ-Funktionäre und Mandatäre verpflichtet sind, gegen jede Subventionierung des „ÖTB“ aufzutreten und auf allen Ebenen eine öffentliche Unterstützung abzulehnen. Am 3. Oktober 1995 meldete darüber die Sozialdemokratische Korrespondenz:

„Die ÖGB-Frauenvorsitzende **Irmgard Schmidleithner** warnte in der Diskussion über die Anträge zum Thema „Pro Demokratie – Gegen Extremismus“ davor, den „Österreichischen Turnerbund“ als reinen Freizeitsportverein anzusehen, auch wenn ein Großteil der dort Turnenden nicht rechtsextrem sei.

Der Vorsitzende der Sozialistischen Jugend, **Karl Delfs**, rief dazu auf, den Antrag der Sozialistischen Jugend Österreichs „Schluß mit der öffentlichen Unterstützung für den rechtsextrem geführten ÖTB“, in seiner ursprünglichen Fassung anzunehmen. Wenn etwa beim Gauturnfest 1990 Fahnen mit der Aufschrift „Rassenreinheit“ geschwenkt worden wären, so wisse man heute, wo das hinführe: zu Holocaust und Briefbomben. **Ernst Nedwed** von den Sozialistischen Freiheitskämpfern warnte davor, den Antrag der SJ zu verwässern. Der Antrag wurde entgegen den Abänderungsvorschlägen der Antragskommission in der ursprünglichen Form angenommen.“

Bereits 1961 meinte Gen. **Josef Hindsels** über den „ÖTB“: „Seine Haltung zu Österreich und zur braunen Vergangenheit ist eine Schande für unser Land.“ In seinen Publikationen bekennt sich der „ÖTB“ zum „Deutschen Turnerbund“ und nach wie vor werden die Knie deutschvölkisch nach Schulungen der sogenannten „Dietwarte“ gebeugt. Verharmlosend heißt es etwa in einer Dar-

stellung des „Österreichischen Turnerbundes“ über die Eingliederung des „Deutschen Turnerbundes“ in den nazistischen Reichsbund für Sport: „Alte Turner sprechen noch heute vom Begräbnis 1. Klasse.“ Dieser verniedlichenden Darstellung wird jedoch die Maske vom Gesicht gerissen, wenn wir uns etwa den Aufruf des Turnergaues Steiermark vom 12. März 1938 in Erinnerung rufen: „Dem Wesen des Turnerbundes entsprechend wird sich seine Tätigkeit auf dem Gebiete der gesamten Leibeserziehung und der weitanschaulichen Schulung zu entfalten haben. Hierbei kann es nach der Geschichte und der bisherigen Geisteshaltung des Turnerbundes keinem Zweifel unterliegen, daß seine Arbeit im Sinne der nationalsozialistischen Bewegung ausgerichtet sein wird.“

An uns allen liegt es nun, daß diesen Willensäußerungen unserer Partei auch klare Konsequenzen bezüglich des „Österreichischen Turnerbundes“ und seiner subventionsfreudigen sozialdemokratischen Mandatäre und Funktionäre folgen.

Neue politische Bücher

Der Journalist **Hans-Henning Scharlach**, der mit seinem Buch „Haiders Kampf“ einen Bestseller gelandet hat, legt nun ein zweites Buch zu diesem Thema vor: „**Haiders Clan**“ (Orac Verlag, Wien 1995, 288 Seiten), dessen Untertitel „Wie Gewalt entsteht“ sagt, wovon es dem Autor geht. Er möchte in diesem Buch die Querverbindungen zwischen der F-Bewegung und Jörg Haider auf der einen Seite und dem rechtsextremen und neonazistischen Lager auf der anderen Seite aufzeigen und so eine wissenschaftlich abgesicherte Entstehungsgeschichte der rechten Gewalt liefern. Mit den jüngsten Briefbombenattentaten in Niederösterreich hat das Buch an Aktualität noch gewonnen. Man muß Prof. Anton Pelinka recht geben, der in seinem Vorwort zu diesem Buch schreibt: „Scharlachs Buch ist ein Aufklärungsbuch. Aufklärung, die mehr als Binsenweisheiten verbreitet, tut weh. Und das ist gut so – gut für Österreichs Demokratie.“ Man kann dem Buch daher nur eine große Verbreitung, vor allem aber aufmerksame LeserInnen wünschen.

*

Fünf Jahre nach dem Tod von Bruno Kreisky ist nun ein Buch über ihn mit Fotos aus seinem letzten Lebensjahr erschienen. Das Buch heißt „**Bruno Kreisky – Gegen die Zeit**“, was etwas sonderbar anmutet, denn Bruno Kreisky war eine Persönlichkeit seiner Zeit und er hat sie als österreichischer Politiker maßgebend geprägt. Die Fotos in dem Band (**Edition Braus, Heidelberg 1995, 152 Seiten**) stammen von **Konrad R. Müller**, einem bekannten deutschen Porträtfotografen, der schon ein Buch über Kreisky veröffentlicht hat. Die Texte zu dem Band haben der in Wien geborene Journalist **Werner A. Perger**, stellvertretender Chefredakteur der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“, und **Wolfgang Petritsch**, von 1977 bis 1983 persönlicher Mitarbeiter von Bruno Kreisky, zur Verfügung gestellt. Entstanden ist ein schönes Buch, das die Erinnerung an Bruno Kreisky wachhält.

Neue Gedenkstätten

Wien 17. Bezirk, Thelemanngasse 8

Zur Erinnerung an das im nazistischen Novemberprogramm 1938 zerstörte Bethaus des jüdischen Bethausvereines „Gemilath Chessed“ enthüllte Gen. **Michael Häupl** am 24. Oktober 1995 eine Gedenktafel.

Pro Demokratie gegen Rechtsextremismus

Unter diesem Titel wurden auf dem Parteitag ein Leitantrag des Bundesparteivorstandes und zehn weitere Anträge der Landesorganisation Wien, der FSG, der Sozialistischen Jugend, des Bundesbildungsausschusses, der Landesparteioorganisation Salzburg, des Landesfrauenkomitees Steiermark und des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus eingebracht. Die Anträge wurden entweder direkt oder als im Leitantrag enthalten angenommen.

Ernst Nedwed, der gemeinsam mit **Erna Musik** die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer auf dem Parteitag vertrat, nahm die Gelegenheit wahr, um unsere Standpunkte in der Debatte klarzulegen.

Wien, 11. Bezirk, Zentralfriedhof

Auf dem Wiener Zentralfriedhof, neben dem Denkmal für die Februar-kämpfer, wurde am 19. März 1988 ein Denkmal für die österreichischen Spanienkämpfer enthüllt. 50 Jahre nach

(Fortsetzung auf Seite 7)

EU gegen Rassismus und Antisemitismus

Der Rat für Soziales der Europäischen Union (EU) hat am 5. Oktober 1995 eine auf Initiative des spanischen Vorsitzes eingebrachte Entschließung gebilligt, die mit größtem Nachdruck Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und religiöse Intoleranz verurteilt (die EU verbindet zum ersten Mal ausdrücklich diese Intoleranz mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit).

Die Entschließung hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

I. Ziele: Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, Fortschritte bei folgenden „gemeinsamen Zielen“ zu erreichen:

- Gewährleistung des Schutzes der Menschen vor jeder Form der Diskriminierung aufgrund der Rasse, der Hautfarbe, der Religion bzw. der nationalen oder ethnischen Herkunft;
- Förderung von Beschäftigung und Berufsausbildung als wichtige Mittel der Integration von Personen, die sich legal in dem betreffenden Mitgliedstaat aufhalten, unter Berücksichtigung des diversifizierten Charakters der Gesellschaft;
- Kampf gegen Diskriminierung von Arbeitnehmern, die sich legal in dem jeweiligen Mitgliedstaat aufhalten, im Bereich der Arbeit;
- Förderung der Chancengleichheit der Personengruppen, die am anfälligsten für Diskriminierung sind, insbesondere Frauen, Jugendliche und Kinder;
- Förderung der Verbundenheit mit den Prinzipien der Menschenrechte, der Demokratie sowie der kulturellen und religiösen Vielfalt bei den Jugendlichen und in der europäischen Öffentlichkeit;
- Stimulierung der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustauschs zwischen den Mitgliedstaaten in bezug auf die Arbeitsmethoden und -modalitäten, die der Förderung des sozialen Zusammenhalts dienen.

II. Maßnahmen: Die Entschließung fordert die Mitgliedstaaten auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Ratifizierung der internationalen Instrumente zur Bekämpfung jedweder Form der Rassendiskriminierung;
- Entwicklung der Achtung der Vielfalt und Gleichheit aller Menschen sowie der Toleranz in den Bildungssystemen, Einrichtungen der Berufsausbildung sowie in den Ausbildungsprogrammen für Beamte und Führungskräfte;
- Unterstützung der Bürgerbewegungen und -organisationen, die sich mit demokratischen Mitteln aktiv am Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit beteiligen, und entschlossene Zusammenarbeit mit diesen Bewegungen und Organisationen entsprechend der nationalen Praktiken;
- Förderung von wirksamen Instrumenten der Selbstregulierung, wie z. B. Verhaltenskodizes, für die Vertreter der Medien.

III. Partnerschaft: Die Entschließung fordert die **Sozialpartner** auf, sich aktiv an der Realisierung der in der Entschließung genannten Ziele zu beteiligen und mit ihren Aktionen die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zu unterstützen.

In der Entschließung wird ferner mit Befriedigung vermerkt, daß der **Rat „Justiz“ rechtliche Maßnahmen** für eine Inkriminierung jedweder Anstiftung zu Gewalt und Haß und die Kontrolle von rassistischem Material **untersucht**. Sie begrüßt, daß der EG-Kommissar für soziale Angelegenheiten Pdraig Flynn speziell mit dem Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und allen

Fragen von Diskriminierung mit diesem Motiv beauftragt wurde. Flynn würdigte seinerseits die Entschließung, indem er unterstrich, daß Rassismus und religiöse Intoleranz keinen Platz in den zivilisierten Gesellschaften hätten; die Entschließung des Rates sei ein Schritt in die richtige Richtung, aber nichts sei sicher. Die **Kommission werde bis zum Jahresende einen Aktionsplan vorschlagen** und sie halte ihre Forderung aufrecht, europäische Befugnisse für die Bekämpfung der Rassendiskriminierung in den neuen Vertrag (der im Ergebnis der Regierungskonferenz 1996 entsteht) aufzunehmen (Agence Europe).

Unser Pepi Schneeweiss ist nicht mehr 24. April 1913 bis 3. Oktober 1995

„Lieber Hans, ich kann heute zu unserer Ausschusssitzung nicht kommen. Mein Blutbild hat sich sehr verschlechtert, so daß ich mich heute noch einer Untersuchung unterziehen muß.“

Dies waren Pepis letzte Worte vor meiner Arbeitsreise nach Spanien.

In Torreveja erreichte mich dann das Telegramm.

„Dr. Josef Schneeweiss verstorben, Begräbnis am Freitag, den 13., 10 Uhr, Feuerhalle.“

Es mag eine Fügung sein, daß ich gerade an diesem Tage in dem Ort weilte, in dem wir uns vor 58 Jahren kennengelernt hatten. Benicasim.

terbewegung, ja des Menschentums überhaupt, wie war er da?

Wie verhielten sich da andere, die später kraft ihrer Brutalität und Rücksichtslosigkeit Karriere machten? Die heute hofiert und mit Fragen, wie: „Wie hält man so was aus?“ auf ein Piedestal gestellt werden, auf das sie nicht gehören!

Seine geliebte Partei hatte ihn zeitweise verstoßen. Er blieb ihr und sich selbst treu.

Jeder seiner Weggefährten, welcher „Fraktion“ der leider so zerstrittenen Arbeiterbewegung dieser auch angehörte, fand bei ihm Rat und Hilfe.

Für die einen Apparatschiks war er der Kryptokommunist, für die anderen der Revisionist.

Für mich war er ein Freund, ein Mensch, um den ich weine.

Hans Landauer



Kann man unserem Pepi in einem Nachruf überhaupt gerecht werden?

Als Zeuge seines Verhaltens in der Zeit der tiefsten Erniedrigung der Arbei-

(Fortsetzung von Seite 6)

der Befreiung vom Naziterror setzte die „Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der spanischen Republik 1936-1939 und der Freunde des demokratischen Spanien“ bereits im Frühjahr 1995 antifaschistische Akzente, indem sie Gedenktafeln für die österreichischen Spanienkämpfer, die in den KZ verstorben sind, in den KZ-Gedenkstätten Mauthausen und Dachau anbringen ließ. Nun enthüllten die österreichischen Spanienkämpfer am 1. November 1995 neben ihrem Mahnmahl auf dem Zentralfriedhof zwei Tafeln mit den Namen von 253 Österreichern, die für die Freiheit Spaniens und Österreichs ihr Leben opferten.



DVR:0029106/FK/679/919
 HERRN
 JOHANNES SCHWANTNER
 DARINGERG.14/25/6
 1190 WIEN

Erscheinungsort Wien
 Verlagspostamt Wien 1010

P.b.b

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
 an den Absender

Wien

Landeskonferenz. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus bildete den Schwerpunkt der Landeskonferenz der sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus Wiens. Die neue Bundesgeschäftsführerin der SPÖ, **Brigitte Ederer**, sagte den Freiheitskämpfern für ihre politische Arbeit Unterstützung zu und hob vor allem die Bedeutung der Wiener Gemeinderatswahlen im kommenden Jahr hervor. Für die Wiener SPÖ begrüßte Landtagsabgeordnete **Josefa Tomsik** die Landeskonferenz.

Zu Beginn gedachte die Konferenz der verstorbenen Genossinnen und Genossen. **Ernst Nedwed** würdigte insbesondere das Wirken von **Kurt Schmidt** und **Heinz Popelka**, die lange Jahre an der Spitze der Wiener Landesorganisation gestanden sind. Der geschäftsführende Vorsitzende der Freiheitskämpfer **Alfred Ströer** begrüßte die Konferenz und nahm die Verleihung der Otto-Bauer-Plaketten an verdiente Persönlichkeiten vor. Es wurden der Präsident des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes **Hubert Pfoch**, dessen wissenschaftlicher Leiter **Wolfgang Neugebauer** sowie die DÖW-Mitarbeiter **Brigitte Bailer-Galander** und **Herbert Exenberger** sowie für das Buchenwaldkomitee **Leopoldine Brünner** geehrt.

Der geschäftsführende Vorsitzende der Wiener Freiheitskämpfer, **Ernst Nedwed**, brachte einen politischen Bericht über das abgelaufene Arbeitsjahr, aus dem die verstärkten Aktivitäten der Wiener Freiheitskämpfer hervorgingen. Bei der anschließenden Wahl wurde **Ernst Nedwed** zum Landesvorsitzenden, **Johann Kancz** und **Hannes Schwantner** zu Stellvertretern gewählt. Weitere Funktionäre sind: **Ernst Stiller** (Kassier), **Ernst Frühauf** (Stv. Kassier), **Kurt Neiger** (Schriftführer), **Franz Konir** (Stv. Schriftführer).

Als Beisitzer wurden gewählt: **Julius Aufrichtig**, **Alexander Blum**, **Steffi Frank**, **Rudolf Gelbard**, **Rosa Heinz**, **Fritz Hofmann**, **Peter Ulrich Lehner**, **Peter Lhotzky**, **Bruno Liszka**, **Michael Ludwig**, **Hilde Mauritz**, **Karl Nerival**, **Rudolf Sar-**



Wir gratulieren unserem gf. Vorsitzenden, Genossen Alfred Ströer, zu seinem 75. Geburtstag. Alles Gute auch dem Vorsitzenden von Margareten, Genossen Alexander Blum, zu seinem 90. Geburtstag.

közi, **Edgar Schranz**, **Romana Steininger**, **Hans Waschek**, **Gilbert Wasserberger**, **Peter Weidner**; in die Kontrolle wurde gewählt: **Ferdinand Bartel**, **Leopold Jappel**, **Rudolf Karnik**, **Walter Lettner**, **Leo Mistingner**.

Zu Ehrenvorsitzenden wurden **Erna Musik** und **Otto Skritek** gewählt.

Weitere Vertreter Sozialdemokratischer Organisationen sowie Einzelpersonlichkeiten werden in den Landesvorstand kooptiert.

Kärnten

Der Verband der Kärntner Partisanen/Zveza koroških partizanov als Traditionsträger des antifaschistischen Widerstandskampfes in Kärnten während des Zweiten Weltkrieges betreut auf 40 Kärntner Friedhöfen 54 Denkmäler und Grabstätten, wo zusammen ungefähr 600 gefallene Partisanen und von den Nazisten ermordete Antifaschisten begraben sind. Jedes Jahr veranstaltet er bei einer dieser Gedenkstätten die zentrale Gedenkfeier zum Tag der Totenehrung am 1. November, mit Kranzniederlegungen wird der Toten auch in allen anderen

Orten gedacht. Heuer, im 50. Gedenkjahr des Sieges über den Nazifaschismus, fand die zentrale Gedenkfeier am 31. Oktober 1995 in St. Ruprecht bei Völkermarkt statt. Auf dem Friedhof St. Ruprecht bei Völkermarkt befindet sich die zentrale Grabstätte des antifaschistischen Widerstandes in Kärnten, wo 83 gefallene Kämpfer aus acht Nationen ruhen.

Die Einweihung der Grabstätte mit dem Mahnmal – die Bronzeskulptur stellt vorwärtsstürmende Freiheitskämpfer dar und wurde vom Bildhauer Martijevic entworfen – erfolgte im Jahre 1947. Neonazis, die bis heute nicht ausgeforscht wurden, verübten am 8. September 1953 einen Sprengstoffanschlag auf das Denkmal. Der schwerbeschädigte Gedenkstein wurde auf Grund eines Ministerratsbeschlusses der Republik Österreich vom 9. November 1961 in vereinfachter Form wiedererrichtet. Die Skulptur ist heute bei der Gedenkstätte für den antifaschistischen Widerstandskampf der Kärntner Slowenen am Peršman-Hof zu sehen. Im heurigen Gedenkjahr waren zur zentralen Gedenkfeier auch Vertreter der ehemaligen Alliierten eingeladen.

Wir gratulieren im November und Dezember

Zum 75. Geburtstag: Fritz Segall, Wien; Berta Pospichal, Wien; Maria Bartos, Wien; Adele Brenner, Wien; Alfred Ströer, NÖ; Hermine Kolar, Wien; Josefine Borth, Wien; Margarete Flieger, NÖ.

Zum 80. Geburtstag: Hermine Dolezal, Wien; Hermine Kurssa, Wien; Leopold Pischlöger, Wien; Hermine Portele, Wien; Franz Stowasser, Wien; Hermine Hasliger, Wien; Stefanie Moltner, Wien; Resi Wiesner, OÖ; Hermine Sarközi, Bgld.; Josefa Brandl, Stmk.

Zum 85. Geburtstag: Emil Sochor, NÖ; Franz Klima, Wien; Christine Tischler, Wien; Prof. Heinrich Lunardi, Wien; Leopold Walk, Ktn., Hermine Klösch, NÖ; Johann Bischof, Stmk.; Anton Smrekar, Stmk.; Viktor Schneider, NÖ; Franz Nekam, Wien; Paula Aust, Wien.

Zum 90. Geburtstag: Elisabeth Schmutzenhofer, Wien; Leopoldine Miklauth, Wien; Josefine Schlager, NÖ; Alexander Blum, Wien.

Zum 91. Geburtstag: Käthe Jonas, Wien; Emilie Kohl, Wien; Magdalena Horvath, Bgld.; Anna Schwarz, Wien; Franz Blaha, Wien.

Zum 92. Geburtstag: Johann Königsecker, OÖ; Isabella Pollak, Wien.

Zum 93. Geburtstag: Karl Schneidhofer, NÖ; Maria Maxl, Wien; Julius Philipp, Stmk.

Zum 94. Geburtstag: Gustav Scholze, Stmk.; Stefanie Ewanschow, Wien; Franz Pehringer, Stmk.; Josefine Hollaus, Wien.

Zum 95. Geburtstag: Johann Liebl, Stmk.; Michael Konrad, Stmk., Hermine Swidetzky, Wien.

An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 1/2 ist der 15. Jänner 1996.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien.